

Antrag

beschlossen von der 198. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 7. Mai 2026

Digitalisierung vorantreiben – Bürokratie abbauen und Service für Arbeitnehmer und Betriebe verbessern

Die Digitalisierung bietet große Chancen für Arbeitnehmer sowie für Betriebe. Richtig eingesetzt kann sie Abläufe vereinfachen, Behördenwege verkürzen und den Verwaltungsaufwand erheblich reduzieren.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass viele digitale Angebote unübersichtlich sind, parallel zu bestehenden Papierstrukturen laufen oder zusätzlichen Aufwand verursachen, anstatt echte Entlastung zu bringen. Gerade für Arbeitnehmer und kleinere Betriebe entsteht dadurch oft mehr Bürokratie statt weniger.

Ziel muss es daher sein, die Digitalisierung konsequent an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten: einfach, verständlich und effizient – mit einem klaren Fokus auf Entlastung statt zusätzlicher Belastung.

Die 198. Vollversammlung der Arbeiterkammer Vorarlberg möge daher beschließen, die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Finanzen sowie das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, aufzufordern,

- 1. digitale Verwaltungsprozesse konsequent zu vereinfachen und zu bündeln, sodass Mehrfachmeldungen und parallele Systeme vermieden werden;**
- 2. den Grundsatz „digital vor Papier, aber freiwillig statt verpflichtend“ sicherzustellen, um niemanden von staatlichen Leistungen auszuschließen;**
- 3. bestehende digitale Plattformen benutzerfreundlicher und übersichtlicher zu gestalten, insbesondere im Hinblick auf Arbeitnehmer und kleinere Betriebe;**
- 4. den Verwaltungsaufwand für Betriebe durch echte Digitalisierung spürbar zu reduzieren, anstatt zusätzliche Melde- und Dokumentationspflichten zu schaffen;**
- 5. die Datensicherheit und den Schutz persönlicher Daten konsequent zu gewährleisten, um das Vertrauen in digitale Systeme zu stärken.**